

## Über unseren Staatsfeminismus

Als Konsequenz doktrinären Gleichheitsdenkens macht sich auch bei uns mehr und mehr ein „Staatsfeminismus“ mit entsprechender „Frauenpolitik“ breit. Unter Verabsolutierung bestimmter Lebens- und Entscheidungsmuster sollen Frauen sich in wichtigsten privaten Lebensentscheidungen an einem Einheitsmodell orientieren, abgeleitet aus dem Bild des erwerbstätigen Normalmannes. Über „Frauenquoten“ in staatlichen und privaten Leitungsgremien soll diese Entwicklung – nach der Meinung der Frauen wird wenig fragt – politisch forciert werden. Im striktesten Fall werden Frauen prinzipiell bevorzugt behandelt, bis die angestrebte Frauenquote von X (am besten 50) Prozent im entsprechenden Gremium erreicht ist. Besonders „fortschrittlich“ ist Norwegen, wo nicht nur im Bereich des Staates, sondern auch in allen Verwaltungsräten der 600 börsennotierten Unternehmen 40 Prozent für Frauen gesetzlich reserviert sind. Bei uns ist bisher als einziges DAX-Unternehmen die Telekom vorgeprescht, mit vorgeschriebenen Frauenquoten von 30 Prozent im Führungspersonal. Die noch fanatischeren Frauenpolitiker möchten auch die überkommene geschlechtsspezifische Berufswahl zugunsten von Gleichheit verändern: also 50 Prozent Frauenanteil auch bei den Schlossern, Bergarbeitern, Polizisten, Ingenieuren etc. Von entsprechenden Männerquoten in den bisher weiblich beherrschten Berufsbereichen (besonders Sozial- und Bildungswesen, z. B. Hebammen) wird seltener gehört.

Seit langem verwirklicht ist in westlichen Gesellschaften die Gleich*berechtigung*. Es gibt keine Ungleichheiten vor dem Gesetz, der Staat ist unparteiisch und behandelt jedermann ohne Rücksicht auf Geschlecht etc. Im Falle der Gleich*machung* oder „Gleich*stellung*“ wird ein bestimmtes Entscheidungs- und Rollenmuster politisch-propagandistisch überhöht, finanziell gefördert und schließlich mit Zwangsmitteln durchgesetzt. Damit wird die Neutralität des Staates vor der Privatsphäre aufgegeben, bestimmte Lebensweisen geradezu „diskriminiert“. Wie z. B. die Arbeit eines Ehepaares in der Familie aufgeteilt wird, geht den Staat nichts an. Auch wird seit langem gegen angeblich ungleiche Bezahlung von Mann und Frau polemisiert, so als ob die männerbeherrschten Unternehmen sich zusammentäten, um den Frauen ihren „gerechten Lohn“ vorzuenthalten. In Wirklichkeit entspricht diese Ungleichheit der Bezahlung der Ungleichheit der Erwerbsbiographien, hat nichts mit willkürlicher „Diskriminierung“ zu tun, sondern ist Ausdruck realer Kostenverhältnisse.

Diese Gleichmachungspolitik ist der Gang in die „Tyrannei“. Warum?

1. Der **Gleichheitsgrundsatz wird verletzt**: Menschen werden aufgrund eines sexuellen Merkmals bevorzugt.
2. Das **demokratische Gleichheitsprinzip wird verletzt**: das Gewicht der Stimme hängt mit dem Geschlecht zusammen (**rechtliche Diskriminierung der Männer**).
3. Die **Vertrags- und Meinungsfreiheit wird verletzt**: Man wird sogar gezwungen, geschlechtsneutrale Personalanzeigen (manchmal darf nicht einmal mehr ein Bild angefordert werden!) aufzugeben. Es ist nicht mehr erlaubt, nach eigenen Präferenzen einzustellen – unglaublich!
4. Die **politisch Begünstigten** werden durch diese Bevorzugung **gedemütigt**: nicht aufgrund ihrer Leistung, sondern aufgrund ihrer geschlechtlichen Merkmale werden sie ausgewählt: die bekannten Quoten- und Alibifrauen. Diese männliche Patronage ist eine Scham für jede selbstbewusste Frau.

Der geistige Widerstand gegen diese Entwicklung ist gering. Die meisten „Alphamännchen“ wettern allenfalls gegen die Umstände, die Bürokratie, die ihnen diese Politik der sogenannten Antidiskriminierung macht. Mit diesen Argumenten können sie gegen den „Zug der Zeit“ aber kaum bestehen. Hier ist etwas mehr geistiger Aufwand gefordert.